

Während unser Verband mit seinen 96 431 Mitgliedern bei den Gesamtmitgliederzahlen erst an 14. Stelle steht, nimmt er bereits die 7. Stelle bei den Gewerkschaften ein, welche die meisten weiblichen Mitglieder haben.

So erfreulich nun auch das starke Wachsen der Mitgliederzahlen für die Gewerkschaften ist, bleibt doch auf der andern Seite die Tatsache bestehen, daß außer der starken Marktwertung auch gerade dieser rapide Mitgliederzuwachs die finanzielle Leistungsfähigkeit der Verbände sehr ungünstig beeinflusst hat. Das, was der alte Mitgliederstamm von zwei Millionen in jahrelanger Arbeit bis zum Ausbruch des Krieges an Verbandsvermögen zusammengepart hatte und das pro Kopf der Mitglieder in den Verbänden 40-50 Goldmark ausmachte, schrumpfte allein durch den starken Mitgliederzuwachs bereits Anfang 1919 auf 1/3 bis 1/4 des früheren Bestandes zusammen. Die in den letzten Wochen eingetretene katastrophale Marktwertung hat dann auch ein übriges getan, um das Vermögen der Gewerkschaften auf weniger als 1/100 ihres früheren und notwendigen Bestandes zurückzuführen. Daraus ergibt sich für alle Gewerkschaftsmitglieder die dringende Pflicht, mit zehnfacher Energie an der finanziellen Stärkung des Verbandsvermögens erneut mitzuwirken, um die notwendige Kampffähigkeit der Gewerkschaften zu erhalten im Interesse jedes einzelnen wie der Gesamtheit.

Ein kommunistischer Reichsbetriebsrätekongress?

Die „Note Fahne“ veröffentlicht am 31. August einen Aufruf zur Vorbereitung und Organisation eines Reichsbetriebsrätekongresses in spätestens vier Wochen, in dem das Verlangen an Gewerkschaftsüberhebung und Gegenorganisation geleistet wird, was wir seither von jener Seite erleben mußten. Die Arbeiter werden darin aufgerufen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, da die Gewerkschaftsführer nicht daran dächten, ihre eigenen Beschlüsse durchzuführen, sondern mit der Reichsregierung um Wettstreit zu verhandeln und freundschaftlich mit den Kapitalisten verkehren. Eine angebliche Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins wende sich an die Arbeiterschaft mit der Aufforderung, Kontrollausschüsse zu bilden, die Preise zu regulieren, die Produktion zu überwachen und das ganze Wirtschaftsleben des Reiches zu kontrollieren. Die Betriebsräte sollen das Bank- und Geschäftsgeheimnis durchbrechen, mit ihren Organen in den Apparat der Stadtverwaltungen und Länder eindringen, die Beschlagnahme und Verteilung der Lebensmittel, Bekleidung, Textil- und Lederverwaren, Kohlen und Wohnungen überwachen, durch die Eisenbahnbetriebsräte alles, was in die Städte eingefahren wird, kontrollieren und die Luxusproduktion lahmlegen sowie die Schlemmergaststätten schließen. Die Betriebsrätevollversammlung habe aber so wenig Vertrauen zur Tatkraft der Spitzenverbände, daß sie selbst einen Ausschuss von 15 Personen eingesetzt und beauftragt habe, sich mit ebensolchen Ausschüssen im Reich in Verbindung zu setzen und in spätestens vier Wochen einen Reichsbetriebsrätekongress zu organisieren, zu dem die Delegierten durch Urwahlen aus den Betrieben hervorgehen sollen. Der Kongress soll auch gegen den Willen der Instanzen einberufen werden und die Gewerkschaftsführer sollen gezwungen werden, ihren Beauftragten, den Betriebsräten, Rede und Antwort zu geben.

Die angebliche Vollversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte war nichts weiter als eine unkontrollierte Zusammenkunft von einigen tausend Personen, deren Betriebsräteeigenschaft durchaus unbeglaubigt ist. Die große Mehrzahl der Betriebe, darunter die größten und wichtigsten Betriebe Groß-Berlins, waren völlig unvertreten. Diese kommunistische Versammlung, die überdies nicht von der zuständigen Betriebsrätezentrale einberufen war, hatte kein Recht, namens der Betriebsräte Groß-Berlins Beschlüsse zu fassen und Einrichtungen einzuführen. Am allerwenigsten ist sie befugt, einen Reichsbetriebsrätekongress einzuberufen, wofür allein die Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale und der Vorstand des A.D.G.B. zuständig sind. Hinter der angeblichen Vollversammlung der Berliner Betriebsräte steht nichts anderes als die Zentrale der kommunistischen Partei, die die gegenwärtige Teuerungslage benutzen will, um wieder einmal ihr Rätesystem zu verwirklichen. Ihre Parolen sind sämtlich darauf gerichtet, die Gewerkschaftsleitungen durch eine direkte Aktion aufgewiegelter Betriebsvertreter beiseite zu schieben und eine Rätepolitik durchzuführen, die den kommunistischen Zwecken entspricht.

Zugleich haben die Kommunisten in Berlin eine Reihe von Industriegruppen-Fraktionsversammlungen veranstaltet, in denen die Aufgaben der Industrie-

gruppen und die Stellungnahme zu einer Reichsgewerkschaftskonferenz erörtert wurde. Daß sich diese Vorbereitungen und Veranstaltungen nicht zuletzt gegen die Gewerkschaften selbst, ihre einheitliche Organisation und ihre Aktionen richten, darüber kann in allen Kreisen verantwortungsbewusster Gewerkschafter kein Zweifel bestehen. Alle Angriffe auf die Gewerkschaftsinstanzen vermögen darüber nicht hinwegzutäuschen, daß den Kommunisten der wenig aussichtsvolle Kampf in den Gewerkschaften um die Macht nicht mehr genügt und daß sie es vorziehen, den Kampf nunmehr auch noch von außen durch Sonderkongresse und Sonderaktionen zu führen.

Es bedarf nur der Feststellung dieser Tatsache, um der deutschen Arbeiterschaft darüber die Augen zu öffnen, was sie von der Unterstützung solcher Bestrebungen zu erwarten hätte. Die Gewerkschaften stehen in einem harten und zähen Kampf gegen die Teuerung. Sie müssen ihre gesamten Kräfte aufbieten, um die schlimmsten katastrophalen Wirkungen von der Arbeiterschaft abzuhalten. Wer ihnen in dieser Situation durch Sonderaktionen, Gegenparolen und Veranstaltungen von Sonderkongressen oder Beteiligung hieran in den Rücken fällt, der schädigt die Gewerkschaftsbewegung und hat damit zu rechnen, daß er als Schädling angesehen und behandelt wird.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat selbst, ohne das Drängen von kommunistischer Seite abzuwarten, Maßnahmen zur Linderung der Teuerung und zur wirtschaftlichen Befundung vorgeschlagen und mit der Regierung über deren Durchführung beraten. Den Gewerkschaftsmitgliedern wird der Erfolg dieser Schritte auf dem kürzesten Wege durch Veröffentlichung in der Presse zur Kenntnis gebracht. Es bedarf dazu nicht des Umweges über kommunistische Ausschüsse und Veranstaltungen. Uebrigens ist der Bundesvorstand nur dem Gewerkschaftskongress und dem Bundesauschuß Rede und Antwort schuldig, nicht aber neuen Instanzen, die kommunistischen Parolen folgen und deren Dasein schon eine Verletzung der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse bedeutet.

In diesen Tagen, da Schweres auf der deutschen Bevölkerung und insbesondere auf der Arbeiterklasse lastet, muß volle Einigkeit in den Gewerkschaften über Verteidigung der ohnehin dürftigen Lebensmöglichkeiten bestehen. Wenn hier Unfrieden und Zersplitterung in unsere Reihen getragen wird, dann ist jeder Widerstand nutzlos und unser Volk der Verelendung und Verflistung überliefert. Weil aber alles auf dem Spiele steht, was wir seither errungen haben, deshalb muß auch darüber volle Klarheit geschaffen werden, daß es in diesem Kampfe nur ein Hüben und Drüben geben kann.

Wem die kommunistischen Parteibestrebungen höher stehen als der erfolgreiche Kampf unserer Gewerkschaften, der wird die Konsequenzen seiner Handlungen auf sich nehmen müssen.

(Korrespondenzblatt des A.D.G.B.)

Gau Magdeburg.

In Halberstadt versammelten sich am Sonntag, den 21. Juli, die Vertreter der Kollegenschaft des Gaus Magdeburg zum Gautag. Die Halberstädter Kollegenschaft hatte es verstanden, den auswärtigen Delegierten den Aufenthalt recht angenehm zu gestalten. Anwesend waren 31 Delegierte. Die provisorische Tagesordnung umfaßte 5 Punkte und wird von den Delegierten gutgeheißen. Punkt I (Bericht des Gauleiters) und Punkt III (Tarif- und Lohnbewegungen) werden zusammen vom Gauleiter behandelt. Er gibt zunächst ein Bild vom letzten Verbandstag, der sich mit unseren Lohnbewegungen recht rege beschäftigt hat. Wenn auf der einen Seite durch die außenpolitischen Verhältnisse und des damit verbundenen Sinkens des Marktkurses die Arbeiterschaft immer mehr und mehr der Verelendung preisgegeben ist, so finden wir auf der anderen Seite die Hartnäckigkeit der Unternehmer, die bei den Lohnverhandlungen gar kein Verständnis für die Notlage der Arbeiter zeigen. Daher mußte bei den Lohnverhandlungen es zum Scheitern kommen und wirkte sich dieses an den verschiedensten Orten durch Streiks aus. Redner schildert dann das Zustandekommen neuer Verhandlungen, die die Unternehmer von der 48stündigen Arbeitswoche abhängig gemacht wissen wollten, was zu der Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums führte. Der Gau Magdeburg ist ebenfalls von Lohnbewegungen nicht verschont geblieben, deren guter Ausgang lediglich auf das gute Zusammenhalten der Kollegenschaft zurückzuführen ist. In großen Zügen streift der Redner dann die Verhältnisse der einzelnen Berufsgruppen im Gau und hebt hervor, daß es an einzelnen Stellen noch harter Arbeit bedarf zur Besserstellung der Kollegenschaft. In der anschließenden Aussprache wurde von allen Rednern die Tarifpolitik des Tarifausschusses gutgeheißen. Gefordert wurde jedoch, dahin zu wirken, daß die große

Spanne zwischen den Höchstlöhnen und den Löhnen der jüngeren Gruppen behoben, wenn nicht ausgedehnt werden. Den Kassenbericht, welcher gedruckt vorliegt, erläuterte Kollege Schreiber. Er fordert vom Gautag Mittel, die es ermöglicht, den ständig steigenden Ausgaben zur Unterhaltung der Verwaltung gerecht zu werden. Ein Antrag der Zahlstelle Rathenow, einen Beitrag von 3 Mk. für männliche und 2 Mk. für weibliche Mitglieder pro Quartal zu erheben, wird abgelehnt, dagegen folgender Antrag der Zahlstelle Halberstadt angenommen: Der Grundbeitrag für den Gau ist pro Quartal für männliche Mitglieder mit 1 Mk., für weibliche Mitglieder mit 0,50 Mk. zu belassen. Für das 3. Quartal kommt ein Zuschlag von 50 Proz. hinzu. Bei jeder Erhöhung der Verbandsbeiträge erhöhen sich die Grundgaubeiträge um den Prozentsatz, der auf die Verbandsbeiträge kommt. Die Erhöhung für das 3. Quartal ist in Anrechnung zu bringen. Ueber den 4. Punkt der Tagesordnung „Der Graphische Industrieverband und wir“ referierte der Kollege Haase-Halberstadt. Ausgehend von den Grundanfängen der Gewerkschaftsbewegung, gibt er ein umfangreiches Bild über die ständige Aufwärtsbewegung der Organisation. Schwere Krisenzeiten sind der Bewegung nicht erspart geblieben, aber selbst das Sozialistengeheiß konnte den Gedanken eines Zusammenschlusses der Arbeiterschaft nicht erlöchen. Der immer weitere Aufbau der Arbeitgeberorganisationen zwang die Arbeiterschaft neue Wege zu suchen, um sich den Verhältnissen anzupassen. Der Gedanke reiner Berufsorganisationen wurde vielfach aufgegeben und Industrieverbände gebildet. Wenn nun im graphischen Gewerbe der Industrieverband bisher noch nicht zur Wirklichkeit geworden ist, so lag das an dem Verhalten der einzelnen Organisationen selbst. Die letzten Verbandstage der Lithographen und Steindruckere sowie der Buchdrucker stimmten im Prinzip für den Zusammenschluß, jedoch soll darüber eine Urabstimmung entscheiden. Redner schilderte dann unseren Verband als einen kleinen Industrieverband für sich, da er alle papierverarbeitenden Gruppen in sich vereinige. Unser Ziel müsse jedoch der Graphische Industrieverband sein, wie sich auch unser letzter Verbandstag klar dafür ausgesprochen habe. Zum Schluß weist der Redner darauf hin, wie an allen Orten durch Gründung von graphischen Kartellen und deren gutes Zusammenarbeiten der Gedanke eines allgemeinen Zusammenschlusses gestärkt und gefestigt werden könne. Die Diskussion ergab eine allgemeine Zustimmung zu den Ausführungen des Kollegen Haase. Unter Punkt „Verschiedenes“ fanden einige Gaunangelegenheiten ihre Erledigung. Hierauf forderte Kollege v. d. Reith die Delegierten auf, im Sinne der sachlich verlaufenen Verhandlungen des Gautages weiter zu arbeiten zum Segen unserer Organisation. Kollege Klinger-Magdeburg, welcher den Vorsth der Tagung führte, schloß den Gautag mit einem Dank an die Halberstädter Kollegenschaft für ihre in so hohem Maße erwiesene Gastfreundschaft.

Die Arbeitgeberorganisation.

Von Prof. Emil Lederer-Heidelberg.

Wir geben hier den Auszug eines Kapitels vom Buche Prof. Lederers: „Die sozialen Organisationen“, das in der Sammlung: „Aus Natur und Geisteswelt“ (Teubner-Verlag) in diesen Tagen in zweiter, völlig umgearbeiteter Auflage erscheinen wird. Die Redaktion.

Die Arbeitgeberorganisationen haben sich als Abwehrorganisationen gegen die Gewerkschaften entwickelt. Sie bringen in erster Linie die Klasseninteressen der Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber direkt in den Betrieben, aber auch in der Gesetzgebung zum Ausdruck. Und während die Unternehmer in den allgemeineren Organisationen, welche sich auch die Beeinflussung der Zollpolitik usw. zur Aufgabe gesetzt haben, vielfach einander entgegenwirken, ist die Organisation der Unternehmer als Arbeitgeber eine durchaus einheitliche, und weit davon entfernt, sich (wie die Organisationen der Arbeitgeber) nach Gesichtspunkten, die ganz außerhalb der unmittelbaren Organisationszwecke liegen, zu gliedern.

Mehrere Gründe haben dahin geführt, daß die Organisation der Unternehmer als Arbeitgeber auf geringen Widerstand stieß, und daß daher die Arbeitgeberorganisationen nach kurzer Zeit ihres Bestehens bereits den Gewerkschaften ebenbürtig, zum Teil sogar überlegen wurden: der Gedanke des Zusammenschlusses überhaupt war bei den Unternehmern durch die Tatsache der nahezu allgemeinen Kartellierung und Syndizierung bereits vorbereitet. Waren einmal die Widerstände für ein Zusammengehen auf dem Warenmarkte überwunden, so mußte es um so leichter fallen, die Unternehmer auf dem Arbeitsmarkte den Arbeitern gegenüber, einheitlich zu organisieren. Denn hier sprang die Gemeinamkeit der Unternehmerinteressen noch schärfer in die Augen als auf dem Warenmarkte, dervart, daß z. B. schon Adam

Smith sagte, die Unternehmer stünden ohne Verabredung in einem stillschweigenden heimlichen Bündnis den Arbeitern gegenüber. So wird auch der bewusste Zusammenschluß durch die geringere Zahl (im Verhältnis zu den Arbeitern) an und für sich erleichtert. Während die Arbeiterorganisationen gerade in der Größe der Arbeitermassen, in der Schwierigkeit, sie zusammenzuhalten und mit ihnen gemeinsame Aktionen durchzuführen, erhebliche Widerstände zu überwinden hatten, waren die Unternehmer in der günstigen Lage, bloß mit einem kleineren Kreise Gleichgesinnter rechnen zu müssen, dessen Zusammenschluß und dauernder Zusammenhalt daher auch bei weitem leichter zu sichern war. Endlich ist von Wichtigkeit, daß der Zusammenschluß der Unternehmer als Arbeitgeber von vornherein ein rein geschäftlicher war, daß als das Ziel der Arbeitgeberorganisation von vornherein bloß die Abwehr der gewerkschaftlichen Erfolge, die Verhinderung eines allzu raschen Anstiegens der Löhne und eines zu raschen Fortschritts der sozialpolitischen Entwicklung und Gesetzgebung ins Auge gefaßt wurde. Ja, die Arbeitgeberorganisationen haben überhaupt nicht die Absicht — wie die Gewerkschaften — für ihre Mitglieder auch die Träger der geistigen Entwicklung zu sein und neben wirtschaftlichen auch kulturellen Zielen zu dienen. Alle die Ansätze, welche sich trotzdem hierzu in den Arbeitgeberorganisationen zeigen, sind ein Beweis dafür, daß dieses Beginnen von vornherein aussichtslos ist. Es können nicht alle Interessen der Unternehmer in den Arbeitgeberorganisationen ihre Vertretung finden, im Gegensatz zu den Gewerkschaften. Denn diese vermögen tatsächlich den größten Teil des gesamten und kulturellen Lebens der Arbeiterschaft in sich einzunageln, auch dadurch, daß sie ja mit den politischen Parteien in enger Verbindung stehen. Dieser Umstand bedeutet auf der einen Seite für die Arbeitgeberorganisationen eine größere Einseitigkeit gegenüber der Zersplitterung im Gewerkschaftslager, eben dadurch, daß die Arbeitgeberorganisationen kulturell, religiös, geistig gleichmütig, nur sozial und sozialpolitisch, also in der Richtung der wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer, betont sind und daher einen einheitlichen Charakter tragen. Darum besitzen die Arbeitgeberorganisationen auch eine größere Schlagfertigkeit in der Aktion, ihr Apparat funktioniert ohne Reibung; sie können schwierige Probleme, welche sich auf die Verfassung der Organisationen beziehen, auszusprechen; ihre Aktion ist exakter, eben deshalb, weil auch dem einzelnen Unternehmer die Organisation nur Werkzeug ist, weil er in die einzelnen Aktionen nicht mit seiner Persönlichkeit einget. Aus denselben Gründen aber fehlt auch auf der anderen Seite der Arbeitgeberorganisation die enge Verknüpfung mit den einzelnen Unternehmern, sie muß oft die Opferwilligkeit, auf welche die Gewerkschaften bei ihren Mitglieder fast immer rechnen können, vermissen, sie ist mit ihrer Tätigkeit nicht so tief in das Bewußtsein ihrer Mitglieder verankert wie die Gewerkschaften und ihr Einfluß reicht daher über den Kreis ihrer Geschäfte nicht weit hinaus.

Das Bestreben der Arbeitgeberorganisationen richtet sich unmittelbar darauf, die Position der Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und das

Herrschaftsverhältnis der Unternehmer in den Betrieben aufrechtzuerhalten. Dieses Ziel hat bereits an und für sich eine politische Nebenbedeutung. Um dies Ziel näher zu rücken, suchen die Arbeitgeberorganisationen den Anschluß an die konservativen Parteien, und es ist eine eigentümliche Wendung in der Entwicklung, daß die Industrie, welche durch die Technik des Betriebs allein schon revolutionierend wirkte, einst an der Spitze des „Fortschritts“ marschierte, mit allen ihren Energien liberale Auffassungen vertrat — gegenüber den „reaktionären“ der Landlords —, die feudale Aristokratie bedrohte, daß dieselbe Industrie nunmehr die Entwicklung, welche sie selbst angebahnt hat, auf einem Teilgebiet zurückschrauben möchte. So bildet sich eine Ideologie heraus, welche ein eigentümliches Gemisch darstellt; auf der einen Seite das Streben nach Aristokratierung, Verwerfung der Demokratie, Herabsetzung der städtischen Kultur, heute auch Kritik an der Republik und ihren Führern — auf der anderen Seite Verherrlichung der Technik, der immer weitergehenden Rationalisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, welche gerade die konservativen Tendenzen bedrohen. Auf der einen Seite die Forderung an die Arbeiterschaft, sich im wirtschaftlichen und politischen Leben unterzuordnen, bloß „Masse“ zu sein ohne Einfluß und Kraft; auf der anderen Seite das Verlangen nach steigender Initiative im Wirtschaftsleben, Ablehnung aller Maßnahmen, welche die Sicherheit der Existenz durch die Allgemeinheit gewährleisten, Vertretung liberaler Wirtschaftspolitik auf dem Arbeitsmarkt.

So beklagt nun die Industrie, welche die Menschen wirtschaftlich, im Denken und Handeln selbst auf das entsehbendste revolutioniert hat, den „Fortschritt“ in allen Gestalten und Formen herbeiführen half, — sie beklagt die mit dieser Entwicklung gegebene Verfestigung der Arbeiterschaft, den Sieg der Demokratie, und die „aufwüthenden“ Tendenzen der Arbeiterschaft, die nun begonnen hat, ihre staatsbürgerlichen Rechte in ihrem Sinn und ihrem Interesse nach ihrem besten Wissen zu gebrauchen. Diese konservativen Ideologien bei den Arbeitgebern (für welche ihre Organe die Belege liefern) nähern sich den Argumentationen der mittelständischen Kreise und übernehmen auch deren „nationale“ Gesichtspunkte. Und wenn auch die Verschiedenheit der handelspolitischen Interessen und der politischen Ideologien die Parteizugehörigkeit der Arbeitgeber bestimmen mag, als Arbeitgeber bedenken sich die Anschauungen und Forderungen der Unternehmer immer deutlicher mit denen der konservativen Parteien, mit den Forderungen der agrarischen Kreise und des selbständigen Mittelstandes, welche die Hauptmasse der konservativen Parteien bilden. Gerade weil die Unternehmer nicht durchaus im übrigen konservativen Anschauungen huldigen, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Arbeitgeberpolitik notwendigerweise konservative Ideologien zur Voraussetzung hat.

Es hat jetzt den Anschein, daß die frühere Teilung der Sozial- und Handelspolitik, der Interessengegensatz zwischen schwerer und Fertigungsindustrie sich abzuschwächen beginnt, und daß in vielen Fragen, insbesondere Sozialpolitik, aber auch z. B. Steuerpolitik und allgemeiner Wirtschaftspolitik, sich all-

mählich eine einheitliche Front aller Arbeitgeber-schichten herausbildet.

Je mehr die Arbeitgeber auch durch spezielle Wahlfonds auf die Zusammensetzung des Parlaments Einfluß nehmen können, um so mehr dürfte diese Verbindung zwischen Arbeitgeberpartei und konservativen bzw. halbkonservativen Parteien sich festigen, und es ist möglich, daß das Arbeitgeberinteresse die übrigen wirtschaftspolitischen Interessen im Bewußtsein der Unternehmer schlägt und so eine politische einheitliche Orientierung der Arbeitgeber zur Folge hat.

Welch wesentlichen Einfluß die Arbeitgeberorganisationen auf die Gewerkschaften und deren Politik geübt haben, diesbezüglich sei an dieser Stelle nur daran erinnert, und hinzugefügt, daß die Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen zuerst einen Gleichgewichtszustand zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer herauszubilden schien. Diese Entwicklung wurde dann rückläufig, als die Arbeitgeberorganisationen mit wachsender Macht darauf ausgingen, die Arbeiterorganisationen aus dem Wirtschaftsleben ganz auszuschalten, durch „gelbe“ Verbände zu ersetzen und so ein patriarchalisches System im Arbeitsverhältnis zu errichten. Diese Entwicklung hatte die Erwartungen zahlreicher Sozialpolitiker schwer enttäuscht und die Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern verschärft. Es bleibt abzuwarten, ob und wann die Arbeitgeberverbände diese Taktik, die Gewerkschaften zu schwächen, bei Forderung der wirtschaftlichen Verhältnisse wieder einschlagen werden. Darauf kann man gefaßt sein. Als sich nämlich zeigte, daß sich die politischen Verhältnisse besserten, daß die politische Revolution eine sofortige grundstürzende Umwälzung des wirtschaftlichen Ausbaus nicht brachte, erinnerten sich die Arbeitgeberorganisationen wieder ihrer alten Ideologien und so manche grundsätzliche Auseinandersetzung in den Arbeitgeberblättern zeigt, daß ihr Standpunkt sich eigentlich gegenüber der Zeit vor dem Krieg nicht geändert hat. Heute gilt der Kampf nicht den Gewerkschaften, sondern den Betriebsräten; es wird nicht mehr die Sozialversicherung beklagt, sondern der Achtstundentag usw. Und würde die Konjunktur umschlagen, so könnten sich auch die gelben Gewerkschaften wieder einstellen. So haben sich wohl die Arbeitgeberorganisationen manchmal in der Ausdrucksweise geändert, ihr Wesen aber hat sich treu erhalten.

Der Verband Sozialer Baubetriebe in Deutschland.

I.
Der „Verband Sozialer Baubetriebe“ in Deutschland ist am 16. November 1920 von den Gewerkschaften des Bauwerkes gegründet worden. Insbesondere der Bauarbeiterverband hat sich „zum Führer und Träger dieser Bewegung gemacht, die das deutsche Bauwesen aus der privatkapitalistischen Wirtschaftsform in die Gemeinwirtschaft überführen will“. Die treibende Kraft zu diesem großzügigen Unternehmen war der Gedanke, daß die Gewerkschaften „mehr als bisher ihr Interesse dem Pro-

Alkohol und Alkoholismus.

Von Dr. G. Wolff.

III.

3. Der chronische Alkoholismus.

Die normalen Wirkungen des Alkohols auf den gesunden Organismus machen es verständlich, daß der chronische Alkoholmißbrauch ganz erhebliche Störungen in den Funktionen fast sämtlicher Organe unseres Körpers verursachen kann. Obenan stehen die Schädigungen des Zentralnervensystems, entsprechend der Tatsache, daß der Alkohol ein ausgesprochenes Nervengift ist, das heißt ähnlich wie Äther und Chloroform eine Lähmung unserer nervösen Funktionen herbeiführt. Der chronische Säufer, der täglich 10 und 20 Glas Bier trinkt, dazu Brantwein oder Kognak — und es gibt bekanntlich Individuen, die es noch zu erheblich größeren Leistungen, wenigstens vor dem Kriege, gebracht haben —, erleidet nicht nur an seinen geistigen Funktionen Einbuße, sondern wird auch oft von quälenden und schmerzhaften Nervenkrankheiten heimgesucht. Die einzelnen peripheren Nerven, die Arme oder Beine versorgen, werden beim chronischen Alkoholiker entzündlich verändert und machen den freien Gebrauch der betreffenden Glieder gewöhnlich unmöglich. Noch viel mannigfaltiger sind die Störungen, die das Gehirn selbst durch den Alkoholmißbrauch erleidet, und die sich in akuten und chronischen Geisteskrankheiten dokumentieren. Besondere Beachtung verdient sodann die Tatsache, daß die Wirkungen des Alkoholmißbrauchs auch der Nachkommenschaft des Trinkers verderblich werden.

Epilepsie und Idiotie werden besonders reichlich in Trinkerfamilien gefunden. Stellt der akute Rausch nur eine momentane Vergiftung des Zentralnervensystems dar, die mit der Ausscheidung des Giftes bald wieder schwindet, so ist der chronische Alkoholismus, die allmähliche Gewöhnung an das Gift, in seinen Folgeerscheinungen viel verderblicher.

Die zahlreichen Schäden, die der Alkohol als Nervengift auf dem Gewissen hat, sind es in erster Linie, die den Kampf gegen seinen Mißbrauch gezeitigt und vor allem die Nervenärzte und Psychiater in das Lager der unbedingten Alkoholfürsprecher geführt haben. Von diesem großen und wichtigen Gebiet wollen wir an besonderer Stelle handeln und uns jetzt den andern Folgeerscheinungen des chronischen Alkoholismus zuwenden. Von großer Bedeutung für die Gesundheit sind die Erscheinungen, die durch den fortgesetzten Alkoholmißbrauch an Herz und Gefäßsysteme und im Zusammenhang damit auch an den Nieren hervorgerufen werden. Daß der Alkohol die Herzmuskulatur beeinflusst, ist ja auch in weiten Kreisen bekannt. Das sogenannte „Bierherz“ ist der beredte Ausdruck des Volksempfindens dafür. Tatsächlich ergibt die Leichenobduktion der infolge chronischen Alkoholismus verstorbenen Personen oft ganz ungeheuerliche Herzvergrößerungen. Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß der Alkohol in jeder Form, wie er im Bier oder im Schnaps oder im Wein enthalten ist, eine degenerierende Wirkung auf die kontraktile Elemente des Herzens, das heißt die einzelnen Muskelasern, ausübt. Gehen Muskelzellen zugrunde, so bilden sich an ihrer Stelle schmelzige Narben aus, die den unermüdbaren Mechanismus des Herzens, die dauernde Zusammenziehung und

Ausdehnung der Herzkammern, nicht genügend unterstützen. Werden solche Muskeldefekte größer, nehmen sie unter der fortbauenden Alkoholkraft zu, so kann das Herz den Anforderungen, die der Organismus an sein Pumpwerk stellt, nicht mehr genügen. Daher arbeitet es, um den Mangel auszugleichen, mit verstärkter Kraft. Die Folge davon ist, daß es dicker und voluminöser wird, hypertrophiert, wie es in der ärztlichen Sprache heißt. Was die Wadenmuskeln der Längerin, was die Armmuskeln des Rinfämpfers tun, geschieht also auch mit der Herzmuskulatur. Das geht gut, solange nicht übermäßige Anforderungen an seine Leistungsfähigkeit gestellt werden oder nicht immer von neuem die gleichen Schädlichkeiten auf die Muskelzellen fortwirken. Das letztere trifft aber beim Säufer zu, dessen Herz bald an der Grenze seiner Reservekraft angelangt ist, wenn immer mehr Muskelasern durch bindegewebige Narben ersetzt werden. Der degenerierte Herzmuskel arbeitet dann nicht mehr regelmäßig, treibt nicht mit jedem Herzschlag eine gleich große und ausreichende Blutmenge in das Adernsystem und kann gewöhnlich die ihm zugemutete Arbeit nicht mehr lange ausführen. Er erlahmt. Die Folge davon sind jene bedrohlichen Erscheinungen, die jede mangelhafte Herzfunktion herbeiführt, wie Atemnot, Stauungen und Wasserjucht, die stets im Verlauf organischer Herzerkrankungen aufzutreten pflegen.

Noch ein anderes Moment kommt beim chronischen Alkoholismus hinzu. Die Arteriosklerose oder Aderverkalkung, der wir alle einmal erliegen, wird durch alle Arten von Ausschweifungen gefördert, natürlich auch durch den Alkoholmißbrauch. Sei es, daß der Alkohol vermöge seiner Giftwirkung die Be-

den Baustoffen, so doch die Verteuerung bei der Bauausführung hinten an halten können."

Am 1. April 1922 hatten die Sozialen Baubetriebe für rund 270 Millionen Mark Aufträge in Arbeit und für etwa 144 Millionen Mark Aufträge zugehoben erhalten, aber mit der Ausführung der Arbeiten noch nicht begonnen. Der Beschäftigungsgrad der Sozialen Baubetriebe ist demnach als sehr gut zu bezeichnen."

Das Buchbindergerwerbe am Ende der Jungzeit.

Von Paul Lerm.

Am Ende der Jungzeit, also etwa in der Zeit von 1750 bis 1810, fanden sich Buchbinder in fast nur in den Groß- und Mittelstädten und in den Städten mit höheren Schulen und größeren Behörden. In kleinen Städten fanden die Buchbinder nur ausnahmsweise ihre Nahrung. In Berlin waren 1795 vorhanden: 41 Buchbindermeister, 63 Gesellen und 25 Lehrlinge, in der ganzen Kurmark Brandenburg 112 Meister, 82 Gesellen und 39 Lehrlinge. Man erhielt aus diesen Zahlen einmal die Kleinheit der Betriebe und erkannte auch, daß mehr als die Hälfte aller in der Kurmark im Buchbindergerwerbe tätigen Personen in Berlin ihr Gewerbe betrieben. Wie in Berlin und der Kurmark, so war es in den anderen Großstädten des Reiches und seinen einzelnen Ländern gleichfalls bestellt.

Die Lehrzeit war nicht überall gleichmäßig festgesetzt. Wurde ein Lehrgeld gezahlt, so dauerte sie in der Regel drei Jahre, sonst aber vier, fünf, ja sechs und sieben Jahre. Wer Buchbinderlehrling werden wollte, mußte einen Geburtsbrief beibringen, um seine ehrliche Geburt zu beweisen. Unehelich Geborene konnten aufgenommen werden, wenn sie sich ein Legitimationspatent von den Landesbehörden verschaffen, was natürlich mit mancherlei Schwierigkeiten und Geldkosten verbunden war. Die als Lehrlinge Aufzunehmenden mußten lesen und schreiben können. Für sehr vorteilhaft galt es, wenn die Kenntnis wenigstens der Anfangsgründe des Lateinischen und Französischen vorhanden war und wenn der junge Mensch auch rechnen konnte. Niemand vom platten Lande, der bäuerlicher Herkunft war, durfte ohne schriftliche Genehmigung der Gerichtsobrigkeit als Buchbinderlehrling und als Handwerkslehrling überhaupt eingestellt werden, wenn der junge Mensch wegen Schwächlichkeit oder Gebrechlichkeit zur Landarbeit nicht tauglich war. Es ist selbstverständlich, daß diese Vorchrift eine starke Bildung der bäuerlichen Jugend an Land bedeutete. Schindler, die im Geschäft des Vaters schon mitgearbeitet hatten, konnte die Jungzeit als Lehrlinge zurückweisen. Judenkinder durften überhaupt nicht als Lehrlinge aufgenommen werden.

Jedem Buchbindermeister war es gestattet, einen jungen Menschen erst vier Wochen zur Probe einzustellen. Bewährte er sich, dann war der Meister nach Ablauf der vier Wochen verpflichtet, ihn der Jungzeit vorzustellen und Lehrbrief und etwaige andere Papiere vorzulegen. Die Papiere wurden in die Lade der Jungzeit gelegt, wo sie meist verblieben, bis der junge Mensch sich später einmal als Meister

schreitet dieser degenerative Prozeß so weit fort, daß vom eigentlichen Lebergerwebe nur wenig übrig bleibt. Was ist die Folge dieses Schrumpfungsvorganges, der sogenannten Leberzirrhose? Das Blut, das von beinahe allen Bauchorganen in der Pfortader gesammelt und mit diesem Gefäß der Leber zur Entgiftung zugeführt wird, kann das Organ nicht mehr passieren, da mit den Leberzellen auch zahlreiche feine Blutgefäße der Leber zugrunde gegangen sind. Infolgedessen staut es sich in den Gefäßen der Bauchorgane, die ihr Blut in die Pfortader ergießen. Nimmt die Stauung immer mehr mit fortschreitender Degeneration der Leber zu, so tritt Bluthämorrhagie aus den prall gefüllten Gefäßen heraus und fließt in die freie Bauchhöhle. Es entwickelt sich also das Bild der Bauchwassersucht, die, wenn sie durch eine totale Erkrankung der Leber verursacht ist, kaum noch zu beheben ist. Sind Herz und Nieren nicht in gleicher Weise angegriffen, so braucht an anderen Stellen des Körpers eine Ausscheidung von Blutwasser nicht stattzufinden. Da der Mensch auf die Dauer der entgiftenden Tätigkeit der Leber nicht entzagen kann, gehört die Leberzirrhose zu den unheilvollsten Folgen der chronischen Alkoholvergiftung.

Ermwähnen wir noch, daß chronische Magen- und Darmkatarrhe eine fast ständige Erscheinung bei Alkoholikern sind, daß sie infolgedessen an Erbrechen, Sodbrennen, Uebelkeit und Appetitlosigkeit sehr oft zu leiden haben, so haben wir das große Gebiet der Organstörungen, die der chronische Alkoholismus auf dem Gewissen hat, in Kürze durchstreift, mit Ausnahme der Nierentränkheiten.

niederließ. Gleichzeitig wurde der Lehrling in ein Buch eingeschrieben und vermahnt, sich gut zu führen, des Handwerks fleißig zu erlernen und dem Meister gehorsam zu sein. Dem Meister stand dem Lehrling gegenüber ein gewisses Züchtigungsrecht zu. In Abwesenheit des Meisters hatte der Altgeselle das gleiche Recht in Handwerksachen, der Meister hatte es auch in anderen Sachen. Mißhandlungen sollten nicht vorkommen. In solchen Fällen sollte der Altmeister der Jungzeit von sich aus dem Lehrling von dem Meister wegnehmen und bei einem anderen unterbringen. Auch konnte die Jungzeit dem Meister oder den Altgesellen bestrafen, wenn sie das Züchtigungsrecht überschritten hatten.

Der Lehrling war dem Meister nicht nur in Handwerksachen, sondern auch in häuslichen Diensten zum Gehorsam verpflichtet. Für den Meister aber bestand die Vorchrift, dem Lehrling nicht in übermäßiger Weise zur Hausarbeit heranzuziehen. Ließ der Lehrling aus der Lehre und blieb er länger als vierzehn Tage weg, dann sollte er vor die Jungversammlung gestellt und auf eine dienliche Art bestraft werden. Blieb er über vier Wochen weg, dann war das bereits gezahlte Lehrgeld verfallen und die Lehrzeit begann von vorn, wenn er etwa doch noch zurückkehrte.

Fach- und Gewerbeschulen gab es damals nicht. Dem Meister war die Verpflichtung auferlegt, dem Lehrling Anweisung in allen Handwerksachen zu erteilen und ihm Gelegenheit zu geben, sich in allen Arbeiten zu üben. Man sollte nun meinen, daß bei dieser Sachlage Jungste und Obrigkeit ein Interesse daran gehabt hätten, daß nach Ablauf der Lehrzeit die jungen Menschen auf ihre Fähigkeiten und Kenntnisse hin geprüft worden wären. Tatsächlich bestanden auch einschlägige Vorschriften, so in Braußen, in Sachsen, in Braunschweig, zeigensfähige Stimmen aber berieten, daß irgendwelche Prüfungen nicht vorgenommen wurden. Hatte der junge Mensch die Lehrzeit ordnungsmäßig durchgemacht und das Lehrgeld bezahlt, wenn eines ausbedungen gewesen war, dann wurde er vor einen Ausschuss der Jungzeit gestellt, zu dem immer auch Gesellen gehörten, und wurde frei- oder losgesprochen und zu einem Gesellen erklärt. Lehrbriefe mußten auf Verlangen ausgestellt und zur Lade genommen. Der junge Geselle erhielt eine Abschrift.

In der hier in Frage kommenden Zeit übten die Gesellen in verschiedenen Städten noch den alten Brauch, ihrerseits die Losgesprochenen in den Gesellenstand aufzunehmen. So war u. a. in Altenburg, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Münster, Nürnberg, Wittenberg folgender Mißbrauch im Schwange: Der Aufzunehmende wurde in ein Harlekin Kleid gesteckt und dann genötigt, durch zwei Reihen von Gesellen, die mit Kochtöpfen ausgerüstet waren, gewissermaßen Spießruten zu laufen. Hinterher wurde er mit Kleingeld eingekauft und dann mit allerlei Gegenständen tastet. Daran schloß sich eine ganz ernsthafte Prüfung über die Arbeiten der Buchbinder. Schließlich wurde ihm ein Ehrentrunk gereicht. In den genannten Städten und auch in anderen, wo Mißbräuche der angebotenen Art nicht gang und gäbe waren, wurde der in den Gesellenstand Aufgenommene nicht gleich als vollgültiger Geselle anerkannt, sondern er wurde erst „Jung-Geselle“ und hatte als solcher der Gesellschaft gegenüber gewisse Pflichten und Dienste auszuführen.

In den großen Städten hatten die Buchbinder-Gesellen eine eigene Herberge. In kleineren Städten schlossen sich die Gesellen mehrerer Handwerke zur Unterhaltung einer gemeinsamen Herberge zusammen. Die Gesellen eines Handwerkes bildeten eine Bruderschaft, eine „Gesellen-Kommune“. Ihre Versammlungen hielten sie in der Herberge ab. Dort wurde auch die Gesellenlade aufbewahrt. Jeder Versammlung der Gesellen mußten Jungmeister als Teilnehmer bewohnen. Zu tagen ohne solche Beisitzer war den Gesellen von den Behörden streng verboten. Vor Beginn der Versammlung setzte der „Junggeselle“ die Gesellenlade auf den Tisch und stellte sich dann an die Eingangstür. Dort war kein Platz während der Versammlung. Die Versammlung eröffnete der Altgeselle. Alles wickelte sich hierbei formelmäßig ab. Der wesentliche Zweck der Geselleneinigungen war nur der, Geldbeiträge einzusammeln und Gesellen, die von unvorhergesehenen Unglücksfällen betroffen worden waren, Unterstützungen zuteil werden zu lassen. War die Höhe der Beiträge nicht von vornherein fest bestimmt, dann fragte der Altgeselle, wieviel „aufgelegt“ werden sollte. Die eingesammelten Beiträge kamen in die Gesellenlade. Hieraus erkundigte sich der Altgeselle, ob ein fremder Geselle zugegen sei, der ins Gesellenbuch eingeschrieben werden wolle. Zuletzt fragte er noch dreimal, ob jemand etwas vorzubringen habe. War das der Fall, dann erfolgte unter Umständen eine Besprechung. Darauf schloß der Altgeselle die Versammlung und der Junggeselle brachte die Lade wieder an ihren Platz. Man könnte meinen, daß nach der vom Altgesellen gestellten

Frage, ob noch etwas vorzubringen wäre, alle möglichen Beschwerden aus dem Handwerk hätten zur Besprechung kommen können. Aber ein solches Recht hatten die Gesellen nicht und die Anwesenheit der Meisterbesitzer sorgte dafür, daß sich die Gesellen ein solches Recht auch nicht nehmen konnten. Hinter den Meistern stand gleich die hohe Obrigkeit. Auch das Recht, mit Gesellenschaften in anderen Städten in Verbindung zu treten, hatten die Gesellen nicht. Liebigens standen auch die Meister unter behördlicher Aufsicht. Bei ihren Jungversammlungen mußte stets eine Magistratsperson zugegen sein, und wenn eine Jungzeit an eine solche in einer anderen Stadt einen Brief schreiben wollte, dann mußte der Brief erst der Magistratsperson vorgelegt und die eingegangene Antwort durfte nur in Gegenwart einer Magistratsperson geöffnet und gelesen werden. Es war damals eben die Zeit des Polizeistaates.

Die tägliche Arbeitszeit der Gesellen betrug zwölf, vierzehn und mehr Stunden. Kein Geselle durfte zu häuslichen Diensten herangezogen werden, solche aber freiwillig zu übernehmen, war ihm natürlich unermahnt. Den häuslichen Einrichtungen des Meisters mußte sich der Geselle fügen. Im allgemeinen sollten sie nicht über zehn Uhr abends hinaus vom Hause des Meisters fernbleiben.

Für die Buchbinder-Gesellen galt durchs Reich hin die Vorchrift einer vierjährigen Wanderzeit, nur die Söhne von Buchbindermeistern brauchten nur drei Jahre zu wandern. Bei dem Mangel an Gewerbe- und Fachschulunterricht und bei der trotz aller gegenwärtigen Bestrebungen meist doch etwas einseitigen Ausbildung während der Lehrzeit war die Wanderzeit als eine Einrichtung gedacht, durch die die Gesellen ihre handwerklichen Kenntnisse und Fähigkeiten sowohl wie auch ihren allgemeinen Gesichtskreis erweitern sollten. Vor der Abwanderung erhielt der Geselle von der Jungzeit eine sogenannte Kundschaft, eine Legitimation, in welcher die Jungzeit dem Gesellen Ort und Dauer der handwerksmäßigen Beschäftigung beschrieb. Für die Kundschaft waren Formulare üblich, die wohl für jedes Land in einer Zentralstelle hergestellt wurden. Die Kundschaft konnte dem Gesellen verweigert werden, wenn er Schulden im Ort hatte oder wenn er sich einer noch ungeführten strafbaren Handlung schuldig gemacht. Wanderte ein Geselle ohne Kundschaft weg, sollte sofort Anzeige bei der Behörde erstattet werden.

Der Abwanderung mußte eine acht- oder vierzehntägige Kündigung vorausgehen. Die Zeit des Abzuges durfte aber nicht auf einen Jahrmart oder auf ein hohes Fest fallen. Jeder einwandernde Geselle hatte sich sogleich auf der Herberge zu melden und den Herbergswarter zu bitten, zu dem Meister oder Altgesellen zu schicken, die die neu zugewanderten Gesellen denjenigen Meistern zuführten, die einen Gesellen einstellen wollten. Auch hierbei geschahen alle Fragen und Antworten in vorgeschriebenen Formeln. fand sich keine Arbeit, dann erhielt der Zugewanderte ein Geschenk in Geld und freies Nachtlager. Nach Ablauf von drei Tagen mußte er weiter wandern.

Um Meister werden zu können, mußte der Geselle nicht bloß die vorgeschriebene Wanderzeit hinter sich haben, er mußte — ganz abgesehen vom Meisterstück — noch allerlei andere Bedingungen erfüllen, die nicht in allen Städten dieselben waren. Vielfach mußte er ein Muß- oder Stühler hinter sich haben. Er mußte der Landesreligion zugetan sein oder ein gewisses Vermögen besitzen oder eine Meisterwitwe oder Meisterstochter heiraten usw. Mit seinem Verlangen, Meister zu werden, meldete er sich bei der Jungzeit. Waren alle Bedingungen erfüllt, dann machte er das Meisterstück. In Berlin bestand das Meisterstück in einer weimarschen Bibel in Großfolio. Die Deckel mußten mit Rotleder überzogen und reich vergolbet sein, desgleichen mußte der Schnitt vergolbet und das Buch mit Schließen versehen sein. Dazu kam dann noch ein gewöhnlicher Folio-Band, ferner ein pradtoll zu bindendes großes Notenbuch und ein Quartband, der in weißes Pergament zu binden und mit marmorierten Schnitt zu versehen war. In anderen Städten bestand das Meisterstück in ähnlichen Gegenständen.

Zu den Arbeiten der Buchbinder gehörte nicht nur das Bücherbinden, sondern auch die Anfertigung von allerlei Futteralen und Kästchen, von Lichtschirmen und dergleichen Sachen. Jedoch war nur das Bücherbinden eine sogenannte private Arbeit, eine Arbeit, die den zünftigen Buchbindern allein vorbehalten war. Alles andere an Arbeiten der genannten Art durfte jedermann herstellen.

Die Buchbinder banden nicht bloß Bücher, sondern sie handelten auch damit. Freilich durften sie nur mit selbstgebundenen Handel treiben, ungebundene Bücher durften sie nicht verkaufen bei Strafe der Konfiskation. Außerdem handelten sie mit Waren der oben angebotenen Art.

UNSERE JUGEND

Die junge Arbeiterin.

Mit heißen Augen, schlaffen Händen
Schlepp ich ein Leben ohne Wahl.
Weiß nicht, wann soll der Sommer enden,
Wann dieser Tage müde Qual?
Und bin doch jung, bin voll Verlangen!
Die Sehnsucht brennt in meiner Brust,
Die, halb in Stürmen, halb in Bangen
Erzittert zwischen Schmerz und Lust.

Glaubt ihr, ich sähe nicht den Garten
Von Duft und Farbensglanz durchwallt?
Ich hörte nicht den Klang, den jarten,
Der süß aus allen Fenstern schallt?
Mit Zorn und Scham blied' ich hinüber;
Mich reizt meine Ungeduld,
Dann schleich ich trüb und scheu vorüber.
Ist Sehnsucht Sünde? Armut Schuld?

Hör' ich der Schönheit trum'ne Lieder,
Und glüht in mir der Aern Saft:
Verwelken müssen meine Glieder,
Verdorren meine junge Kraft.
Verwelken, eh' sie noch erblühen,
Eh' noch die Freude sie befrängt;
Verdorren von der Arbeit Mühen,
Auf der kein Strahl der Schönheit glängt.

Noch aber ist sie nicht verfunken,
Die Blut, die mir im Busen loht,
Und prasselnd sprüh'n empur die Funken,
Wecht mich der Zukunft Morgenrot.
Dann wird mein Schicksal sich vollenden;
Eintret ich durch das gold'ne Tor,
Und reihe mit befeesteten Händen
Der Freiheit Fadel hoch empur. —

Jürgen Brand.

Die körperliche Verfassung der deutschen Jugend.

Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände, dem auch die freien Gewerkschaften angehören, hatte im Juni d. J. nach Braunschweig eine öffentliche Tagung einberufen, die sich mit der Lage der Jugend in der Gegenwart beschäftigte. Dort hielt Direktor Dr. Frey vom Reichsgesundheitsamt in Berlin ein Referat über „Die körperliche Verfassung“. Er sprach zunächst von den Schädigungen, die durch den Krieg und seine Folgen — Hunger, Mangel an Wäsche, Kleidung, Seife und damit an Sauberkeit — dem Gesundheitszustand der Jugend zugefügt wurden. Bei den jetzigen Schulkindern zeigen sich die Folgen der im Säuglingsalter erlittenen Entbehrungen. Das Reichsgesundheitsamt stellte 1920/21 fest, daß 80 bis 90 Proz. aller Schulkinder an Blutarmut, Engländer Krankheit und Drüsentuberkulose litten. Trotzdem seit 1919 mit Hilfe ausländischer Menschenfreunde der Gesundheitszustand der Jugend zum Besseren beeinflusst worden ist, ist doch noch nicht einmal der Stand von 1913 wieder erreicht worden. Vielerlei recht traurige Erscheinungen sind zu verzeichnen; 1920 konnten in Chemnitz 10 Proz. der Schulentlassenen eine Lehrstelle nicht antreten, da ihr Gesundheitszustand das nicht verzug. Eine vom Ausschuß der Jugendverbände eingeleitete Untersuchung, die etwa 600 Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren erfaßte, zeigte bei einem Fünftel körperliche Beschwerden und bei der Hälfte, daß der Körperzustand unternwertig — nach Friedensbegriffen — war. Die Lungentuberkulose hat seit der Vorkriegszeit stark zugenommen; Geschlechtskrankheiten, Alkohol- und Tabakgenuß tragen weiter zur Gefährdung des Gesundheitszustandes bei. Genosse Albert Kohn von der Berliner Ortskrankenkasse zeigte, wie vor allem die unsagbar traurigen Wohnungsverhältnisse eine Besserung fast unmöglich erscheinen lassen. Der Referent wünscht, daß eine allgemeine ärztliche Kontrolle an den Fortbildungsschulen in Stadt und Land eingeführt werde; der Gesundheitszustand der Jugendlichen müsse auch nach der Schulentlassung planmäßig überwacht werden. Weiter müsse der erwerbstätigen Jugend längere Urlaubszeit gewährt werden, die der Hebung der Gesundheit dienlich zu machen ist; die Städte müssen Ferienheime zum mindesten für die körperlich Zurückgebliebenen schaffen. Die Forderungen der Gewerkschaften, die in derselben Richtung liegen und darüber hinausgehen, wollen der Jugend die Möglichkeiten geben, die zur Erlangung und zur Erhaltung der Gesundheit nötig sind. Damit allein ist aber nichts getan;

die besten Einrichtungen und Vorkehrungen nützen nichts, wenn sie nicht benutzt und beachtet werden. Unsere Jugend muß auch den Willen zur Gesundheit haben! Diese Worte mögen merkwürdig klingen und doch ist es so, daß bei vielen eine sehr große Gleichgültigkeit gegenüber dem eigenen Körper zu verzeichnen ist. So wird oft überflüssigerweise in ungewaschenem Zustand gegessen, übermäßig Zigaretten geraucht, überhaupt so manche Angewohnheit von Leuten übernommen, die alles andere sind, nur keine Vorbilder für die arbeitende Jugend.

Ein ganz besonders trauriges Kapitel ist das der geschlechtskranken Jugendlichen, denn bei diesem Leiden liegt nicht so zwingend wie bei anderen Krankheiten ein Druck der den Menschen umgebenden Verhältnisse vor, sondern die freie Entscheidung hat in der Mehrzahl der Fälle Ursache zur Erkrankung gegeben. Diese Tatsache wiegt um so schwerer, da es sich hier um Erkrankungen handelt, die oft genug für das ganze Leben schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Welch eine Unsumme von vergeudeter Jugendkraft und vielleicht auch zerrüttetem Leben liegt in den folgenden Zahlen, die die Berliner Allgemeine Ortskrankenkasse ermittelt hat. Danach waren im Jahre 1921 unter den Krankenangehörigen

	männlich	weiblich
bis zu 14 Jahren	10	11
von 15—16 Jahren	42	202
„ 17—20 „	351	1 879
„ 21—25 „	634	3 926

an Geschlechtsleiden erkrankt. Während aber der Anteil der männlichen Jugend zwischen 17 und 20 Jahren sich von 1920 zu 1921 um 24,2 Proz. verringerte, stieg die Zahl der weiblichen Erkrankten in der gleichen Zeit um 72,7 Proz. Dabei muß man sich vergegenwärtigen, daß viele Geschlechtskranke es vorziehen, sich von Privatärzten statt von Kassenärzten behandeln zu lassen.

Welches sind die Ursachen dafür, daß gerade in der heutigen Zeit diese Krankheiten in so erschreckend hohem Grade Weiterverbreitung finden? Direktor Kohn von der Berliner Ortskrankenkasse sagt, daß das unsäglichste Wohnungselend in der Hauptsache Schuld trage. Zweifelslos hat das enge Zusammenleben und Schlafen in einem Raum von Erwachsenen und Jugendlichen, Familienangehörigen und vielleicht auch fremden Schlagensoldaten die verderblichsten Wirkungen auf die Heranwachsenden. Die ganze Gedankenwelt der Jugendlichen wird dadurch in einer durchaus unnatürlichen Weise auf solche Fragen hingelenkt, für die die körperlichen und geistigen Voraussetzungen noch nicht vorhanden sind. Leider ist nicht abzusehen, in welcher Zeit eine Wendung zum Besseren in der Wohnungsfrage eintreten wird.

Große Teile der proletarischen Jugend sind bereits gefeilt gegen diese ihnen drohenden Gefahren. Aus der Erkenntnis, daß Schönheit und Kraft nur gefunden können, wenn sie ihnen sein können, haben sie die richtigen Schlussfolgerungen gezogen und trachten danach, Körper und Geist vor Schädigungen zu bewahren, ja sie weiter zu entwickeln. Gleichgesinnte Kreise solcher Jugendlichen sind zahlreich vorhanden; die Gewerkschaften, die sozialistischen Jugend- und Sportvereine bieten Gelegenheit und Anhaltspunkte genug für jeden, der danach sucht. Aber darauf kommt es immer wieder an: den Willen haben, geistig und körperlich gesund zu sein! Wer diesen Willen hat, wird auch stark genug sein, trotz der vielleicht im Hause oder im Betriebe vorhandenen schlechten Einflüsse sich frisch und jung zu erhalten.

Aber beschränkt euch nicht auf euch selbst, sondern versucht, auch den fernstehenden Jugendlichen zu zeigen, daß Lebensgenuß nicht nur im Geschlechtlichen zu finden ist. Zeigt denen, wie in unseren Jugendveranstaltungen bei Spiel und Tanz, bei Wanderungen, Unterhaltung und Belehrung ein frischer, froher Geist herrscht, der stets neue Kräfte im Menschen weckt, jeden lebensfreudiger macht. Wir wollen keine Ducker und Mucker, keine Philister unter uns, die die Nase hochtragen und nur Moralpredigten halten können. Wir wollen zu natürlichen Menschen heranwachsenden, die alle ihre Gaben zur Entfaltung bringen. Darum müssen wir alles ablehnen und bekämpfen was unnatürlich und für den Körper schädlich ist. Ein gesunder Körper, ein frischer aufnahmefähiger Geist ist Voraussetzung für einen wirklichen Genuß des Daseins, soweit es uns heute unter der kapitalistischen Wirtschaft möglich ist, sollen wir uns aber das Leben angenehm gestalten.

Wer hilft mit?

Die deutsche Jugendbewegung in ihrer heutigen Entfaltung ist so recht das Spiegelbild des ganzen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Clends unserer Zeit. Es gibt wohl kaum eine Strömung im geistigen und wirtschaftlichen Ringen unseres Volkes, die nicht in stärkerer oder schwächerer Schattierung in der Jugendbewegung seinen Abdruck gefunden hat. Wer kritisch diese Entwicklung betrachtet und dabei in Erwägung zieht, welche gigantischen Aufgaben der kommenden Generation zufallen, der kann sich ernstester Besorgnis nicht erwehren. Während unter der Jugend die meist geistig regsamsten und ausnahmefähigsten von einem Ideal in das andere hinübergleiten und letzten Endes zu einer gewissen Heberkultur gelangen, die oftmals an Weltentrücktheit grenzt, vertritt ein anderer Teil abstrakte Dogmatik, die sich nur zu oft in Parteischablone auswächst. Man merkt deutlich die kopierte unpersonliche Besinnung ohne Herz und Verstand, ohne eigenes Erleben. Der Blätterwald der Jugendbewegung trieft nur so von Erleben und Wahrhaftigkeit vom Ringen nach neuen Formen u. a. m., und doch ist außer den langen Haaren, dem Bagen und sehr viel an Arroganz reichendes Selbstbewußtsein bisher noch nicht viel mehr herausgekommen. Immer schärfer prägt sich auf Grund des überspannten Selbstbewußtseins eine Gruppen- und Claqueubewegung aus, die zu einer Gefahr für die proletarische Jugend werden kann. Auch die groß angelegte Erfassung der Jugend bei verschiedenen Anlässen konnte bisher diesen Zerfall der Jugendbewegung nicht aufhalten.

Alle diese ungesunden Erscheinungen in der Jugendbewegung haben ihre tieferen Ursachen in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Volkes. Sie finden ihren Nährboden in der leider gänzlich mangelnden Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Grundgesetze.

In all dieser Zerfahrenheit der Jugendbewegung entsteht gerade zur rechten Zeit ein Volkswert, das den Erfolg verspricht, der proletarischen Jugend eine Grundlage zu geben, auf der sich alle guten Kräfte der Jugend entwickeln können. Die freien Gewerkschaften haben es sich zur Aufgabe gemacht, eingedenk ihrer Mission als Kulturfaktor zu wirken, einer sich organisch zur höheren Volksgemeinschaft entwickelnden Jugend die Wege zu ebnen.

Freilich ist auch hier noch mancher Rückschlag zu überwinden. Und die augenblickliche Lage des deutschen Proletariats ist recht ungünstig, bedeutsame Kulturaufgaben zu lösen; aber der Grundstein für die gewerkschaftliche Jugendbewegung ist gelegt. Die Bausteine sind vorhanden. Es gilt nun die tüchtigsten Fachleute heranzuziehen, die instand sind, ein Werk aufzubauen, groß und mächtig, das weit über die Bande dem internationalen Proletariat Zeugnis ablegt von dem kulturellen Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse.

Es geht vorwärts!

Der Aufruf „An die jungen Berufsangehörigen in der papierverarbeitenden Industrie“ ist nicht gehört verhallt. In vielen Orten beginnen sich jetzt die Jugendlichen selbst zu rühren, um die Organisation in ihrem Bestreben tatkräftig zu unterstützen, die Jugendlichen dem Verband zuzuführen, in der richtigen Erkenntnis, daß dadurch die wirtschaftlichen und geistigen Interessen der Jugend am wirksamsten vertreten werden.

Möge der Aufruf auch Eingang finden bei den Lehrlingen und deren Eltern, die im Kleinbetriebe arbeiten und dadurch keine Verbindung mit der Organisation haben. Hier bildet die Fortbildungsschule Gelegenheit, mit diesen Lehrkollegen in Verbindung zu treten.

Wie aus Stettin berichtet wird, ist der größte Teil der Lehrlinge dem Verband beigetreten, und es steht zu erwarten, daß noch weitere Aufnahmen erfolgen. Hoffentlich wird dann auch bald die Arbeit der Jugendabteilung auf unsere weibliche Jugend ausgedehnt.

Desgleichen wird uns aus Halberstadt gemeldet, daß es gelungen ist, alle Lehrlinge am Ort für den Verband zu gewinnen. Es werden fortan regelmäßige Zusammenkünfte der Jugend stattfinden, um Mittel und Wege zu suchen, der wirtschaftlichen Not zu steuern und die Jugend für die großen Aufgaben der Arbeiterbewegung vorzubereiten.

Hoffentlich können wir auch recht bald von anderen Orten über die gleichen Fortschritte berichten. Frischhauf, ans Werk! Et.

Berichte.

Bonn. In der am 1. September stattgefundenen stark besuchten Mitgliederversammlung wurden u. a. die neuen Löhne und die Einteilung der Ortsklassen besprochen. Die Kolleginnen sowie Kollegen erklärten sich mit den für Bonn gezahlten Löhnen nicht zufrieden, da man mit denselben nicht im entferntesten auszukommen vermag. In Bonn ist das Leuerungsverhältnis genau so wie in Köln, mühte also auch in der III. Ortsklasse stehen. Die Empörung der Kollegenschaft war sehr groß, daß Bonn nicht dementsprechend berücksichtigt wurde. Sie sprachen sich dahin aus, drückten sich schärfer vorzugehen, wenn Bonn nicht bald in die II. Ortsklasse eingereiht wird. Die Kollegenschaft wünscht daher vom Tarifausschuß sowie Vorstand, für Bonn bessere Löhne zu erringen.

Erlangen. Am 27. August feierte die Zahlstelle ihr 35jähriges Gründungsfezt. Die Feztreude hatte die Kollegin Arzmin-Berlin übernommen. Ausgehend vom Jahre 1878 schilderte sie in eingehender Weise, wie die Kollegen von damals auch durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen waren, sich zu einer Organisation zusammenzuschließen und 24 Kollegen den damaligen Fach- und Unterstützungsverein der Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und Portefeuzer gründeten. Von den Gründern weichen heute noch in unserer Mitte die Kollegen Gary und Hafenerichter. Schon im Jahre 1889 machten sich die Vorläufer einer Bewegung bemerkbar. Die erste Versammlung, die sich mit der Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit befahte, wurde durch die Polizei aufgelöst und wurden viele Teilnehmer hierauf gemahnt. Am 15. April 1893 wurde der Fachverein aufgelöst und in eine Zahlstelle umgewandelt. 1895 fand die erste Bewegung bei Firma Zuder statt, die aber resultatlos verlief. 1899 waren bereits 88 Mitglieder vorhanden, davon 23 weibliche. Ueberhaupt war Erlangen der erste Ort im Reiche, der weibliche Mitglieder zu verzeichnen hatte. Im Jahre 1900 wurde dann in eine allgemeine Tarifbewegung eingetreten, die mit einem Tarifabschluß endigte. Von dieser Zeit ab begannen für die Zahlstelle schwere Zeiten. Die Unternehmer hatten es auf die Zahlstellenordnungen abgesehen und so mußten der Reihe nach die Kollegen Küster, Frehe, Hählings und Erbacher den Staub Erlangens von den Pantoffeln schütteln. Daß die Arbeiter trotzdem nicht wankend wurden, beweist, daß die Zahlstelle 1903 bereits 264 Mitglieder zu verzeichnen hatte. In diesem Jahre fand bei Firma Feldmann ein Abwehrstreik betreffs Abschaffung der Atfordarbeit statt, der volle neun Wochen dauerte, aber verloren ging. Das verhängnisvollste Jahr war 1906. Die gesamte Kollegenschaft trat in den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Streik wurde nach langer Dauer vollständig verloren. Verschiedene andere Umstände trugen noch dazu bei, so daß die Zahlstelle nahe daran war, aufzugeben zu werden. Um den Unternehmern aber diese Freude zu verderben, sprangen die Kollegen Drechsler und Böttinger in die Brezche und besorgten die Geschäfte der Zahlstelle. Den Kollegen, die damals Haus- und Werkstattentagitation betrieben, gebührt das Verdienst, daß sie ein schweres Stück Arbeit geleistet haben, und aus der Zahlstelle wieder das gemacht haben, was sie heute ist. Wollte fünf Jahre vergangen, bis sich die Zahlstelle erholte hatte und 1911 konnte in eine Bewegung eingetreten werden, die zu dem Abschluß eines Tarifvertrages führte. Dann kam der Krieg, der auch von unseren Kollegen seine Opfer forderte. Als nach Beendigung des Krieges die Kollegen wieder in die Betriebe zurückkehrten, da galt es die ganze Kraft aufzubieten, um der Kollegenschaft den Lohn zu holen, den sie unbedingt zum Leben brauchte. Heute nach 35 Jahren ist die Zahlstelle eine Macht geworden, mit der staatlichen Zahl von 108 männlichen und 173 weiblichen, insgesamt 281 Mitglieder. Hatte auch die Zahlstelle schwere Stürme und Erschütterungen durchzumachen, so kann doch gesagt werden, daß sie sich stets voll und ganz für die Forderungen der Kollegenschaft eingesetzt hat. Die Kollegin Arzmin schloß mit dem Wunsch, unsere jungen Kollegen und Kolleginnen sollen sich an den alten Mitgliedern ein Beispiel nehmen, die heute 25 Jahre und länger dem Verbande die Treue gehalten haben. Sie sind uns ein Vorbild der gewerkschaftsbewegung. Arbeiten und handeln wir in ihrem Sinne zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung. Reicher Beifall und Dank zollten die Anwesenden den vortrefflichen Ausführungen. Zum Schluß überreichte Kollegin Arzmin im Namen des Verbandsvorstandes den Kollegen Rost, Schnell und Müller Diplome für ununterbrochene 25jährige Mitgliedschaft. Kollege Penfel überreichte im Namen der Zahlstelle Geschenke für die beiden Gründer Gary und Hafenerichter sowie für 25jährige Mitgliedschaft an die Kollegen Rost, Schnell, Müller und Erbacher. Von der Gausleitung waren anwesend die

Kollegen Weinfelder, Herber und Scharrer-Fürth und übermittelten die Glückwünsche des Gaus sowie der Zahlstelle Nürnberg-Fürth. In gemüthlicher Stimmung und bei guter Unterhaltung verbrachten die anwesenden Kollegen und Kolleginnen wieder einmal einige frohe Stunden, die sicher mit dazu beigetragen haben, auch das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegenschaft in gesellschaftlicher Beziehung zu fördern.

Kundschau.

Graphischer Bund. Der Vorstand des Graphischen Bundes hat am 30. August 1922 ein Schreiben an den Vorstand des ADGB. gerichtet, in dem auf die einsehende Arbeitslosigkeit hingewiesen und um Einwirkung auf die Regierung zwecks Ergriffung vorbeugender Maßnahmen ersucht wird. Weiterhin macht das Schreiben auf die bedrohte Lebensfähigkeit der Presse in die Notwendigkeit ihres Schutzes aufmerksam.

Der Vorstand des Graphischen Bundes hat in einem Schreiben vom 30. August 1922 das Reichswirtschaftsministerium gebeten, der weiteren katastrophalen Entwicklung auf dem Papiermarkt Einhalt zu tun. In dem Schreiben heißt es weiter:

„Es ist längst offenkundig geworden und wird auch mehr und mehr von Arbeitgeberseite anerkannt, daß einer Entwicklung, die durch ein rasendes Emporsteigen der Zellstoff- und Papierpreise gekennzeichnet ist und ein immer mehr in die Erscheinung tretendes Absterben der Presse zur Folge hat, mit den bisherigen Mitteln nicht mehr wirkungsvoll begegnet werden kann. Nicht nur die Presse an sich, sondern die öffentliche Meinungsfreiheit, ja die volle Auswirkung der demokratischen Verfassung des Deutschen Reiches erscheinen durch die steigende Not der Presse bedroht. Weiterhin erscheint das gesamte graphische Gewerbe und die papierverarbeitende Industrie aufs schwerste gefährdet. Bei der engen Verknüpfung der graphischen Industrie mit dem wirtschaftlichen Leben droht darüber hinaus dem Volke ernste Gefahr, die noch durch die zu erwartende große Arbeitslosigkeit in hohem Maße gesteigert wird.“

Zum Schluß wird die Reichsregierung gebeten, weitgehende Maßnahmen zu ergreifen, um der hemmungslosen Preisgestaltung auf dem Rohstoffmarkt und damit einer rückläufigen, unheilvollen Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens Einhalt zu gebieten.

Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 300 000 Mark hat der Soziale Ausschuß des Reichstags so wohl für die Kranken- wie für die Unfallversicherung (eben beschlossen). Berücksichtigt man, daß der Wert der Mark kaum noch ein Hundertstel des früheren Standes hat, so entspricht diese Erhöhung der Versicherungsgrenze ungefähr dem Stande der Vorkriegszeit. Wünschenswert wäre es, daß man die Bestimmungen über die Versicherungsgrenze ganz fallen läßt und alle Angestellten wie die Handarbeiter ohne Rücksicht auf ihr Einkommen der Versicherungs pflicht unterwirft. Denn triftige Gründe für die Beschränkung der Versicherungspflicht gibt es heute nicht mehr.

Als weitere Menderung wurde die Erhöhung des Grundlohnes auf 180 Mk. Pflichtgrenze und 500 Mk. Höchstgrenze beschlossen, so daß in letzterem Falle die Mindestleistung an Krankenunterstützung 1500 Mk. pro Woche beträgt.

In der Unfallversicherung wurde noch die Drittelingsgrenze für die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes auf 90 000 Mk. erhöht. Diese arge Ungerechtheit bedeutet, daß ein Unfallverletzter mit einem Höchstverdienst von 300 000 Mk. oder 5770 Mk. pro Woche als Volkrente nur 2051 Mk. erhält, während er nach seinem vollen Verdienst 3815 Mk. pro Woche zu erhalten hätte.

Eine gleichzeitige angemessene Erhöhung bzw. Verdoppelung der Renten für die bisherigen Unfallrentner wurde leider durch die Nachenschaften der lüngerlichen Parteien abgelehnt, so daß die 900 000 Unfallrentner vorläufig leer ausgehen.

Die Alters- und Invalidenrentner scheint man ganz und gar dabei vergessen zu haben, denn sie werden in dem Bericht gar nicht erwähnt.

Der Ausschluß der polnischen Gewerkschaftsbewegung. Die Mitgliederzahl des beim Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Polnischen Gewerkschaftsbundes, die am 31. Dezember vorigen Jahres 365 190 betrug, stieg infolge des Anschlusses der bis jetzt noch abseits stehenden jüdischen Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Organisation von Wilna bis zum 1. August dieses Jahres auf 492 000 Mitglieder.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 11. September bei der Verbandskasse ein von: Tüft 1700 Mk., Mainz 10 000 Mk., Saarbrücken 266,50 Mk., Jena 3100 Mk., Weiskens — Mk.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Danzig, Neudamm, Torgau, Hanau, Kaiserslautern, Mannheim-Ludwigshafen, Erfurt, Göttingen, Halle, Almenau, Merseburg, Nordhausen, Reichenau i. Sa., Freiburg i. Br.

Die Gau- und Bezirksleiter werden dringend ersucht, auf die Verwaltungen der säumigen Zahlstellen ihres Bezirks einzuwirken, damit diese die rückständigen Abrechnungen nun schnellstens einliefern. J. B. G. Weiser.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Götting. B: E. Hunger, Hohe Str. 4, 11; K: Erich Seifert, Gr. Wallstr. 31, 11. Hirschberg. B: R. Schlegel, Dunkle Burgstr. 18; K: H. Börner, Hirschberg-Cunersdorf Nr. 175. Kiel. B: H. Baum, Mühlstr. 28, 1 rechts; K: Fr. Nagel, Stadtfeldkamp 18, 1. Krefeld. B: H. Kröckert, Hüls bei Krefeld; K: E. Lehmann, Inrathstr. 95. Striegau. B: P. Büttner, Uferhäuser 2; K: F. Schuminski, Ziganstr. 3.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 20. September 1922, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11

Lehrlingsversammlung.

Tagesordnung:

- 1. Wir Lehrlinge und unsere Organisation. 2. Reichen die Kostgebühren der Buchbinderinnung? 3. Verschiedenes. Die Vertrauenspersonen werden gebeten, die Lehrlinge auf diese Versammlung hinzuweisen. Alle Lehrlinge werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Die Jugendkommission.

LEIM Leder-, Knochen-, Mischleim Fördern Sie Offerte m. Gratismustern ein MarcusLissauer, Hamburg 1

Abt. Leimindustrie — Münckebergstr. 5.

Etuismacher

möglichst auf Schmuckeuz und Etalagen eingerichtet, suchen in dauernde Stellung:

J. & G. Gottschald, Etuisfabrik, Weizsä.

Goldschneidmacher

für dauernde Beschäftigung und sofortigen Eintritt gesucht. Etunden- oder Atfordlohn nach Tarif.

Buch- und Kunstverlag Carl Hirsch, U.-G., Steinplatz (Baden).

Grüne u. blaue Buchbinder-schürzen

in Buchbinderstellen seit Jahr. anerkannte Qualität liefert in Hand oder Steife Gr 80/100, 80/110, 80/120 sowie

Arbeitsjoppen und Mäntel in schwarzem, (fast Braun) und indigoblau zum jeweiligen Tagespreis allerorts.

A. C. Volz Fabrikation u. Bewerksstellung. Eintragsr., Poststr. 71, Tel. 2383.

N. B.: Tägl. gefällige Anfertigung v. Buchbinderarbeiten.

Goldbronze.

Aluminiumbronze kauft hier jeden Rest- und Lagerposten E. Wastler, Mor.-Schreiberverhan (Niesengeb.), Kirchstraße 15.

Gebrüder Schmilypold

berufen ausgezeichnet

Schmilypold

fertig seit 1870

E. Röhning

Platzhofsplatz

Augsburg 04

Zünftige Etuistischer

auf Schmuckeuz

für dauernde Beschäftigung stellen sofort ein

Baquer-Werte, U.-G.

Abt. Magdeburg Magdeburg-Gracau.